S 4 RJ 1309/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hamburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Hamburg
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	6
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 4 RJ 1309/02
Datum	09.10.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 6 RJ 146/03
Datum	01.09.2004

3. Instanz

Datum	-
-------	---

1. Die Berufung des KlÄxgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 9. Oktober 2003 wird zur¼ckgewiesen. 2. Au¼rgergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten. 3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die teilweise Auszahlung einer Rentennachzahlung an den SozialhilfetrÄxger wegen eines Erstattungsanspruchs.

Durch Bescheid vom 29. August 2000 stellte die Beklagte die dem KlÄxger gewÄxhrte Rente wegen ErwerbsunfÄxhigkeit mit Wirkung vom 1. Januar 1996 neu fest und bezifferte die Nachzahlung f¼r die Zeit vom 1. Januar 1996 bis 30. September 2000 mit insgesamt 2168,58 DM. Sie teilte dem KlÄxger mit, sie werde diese Nachzahlung vorlÄxufig einbehalten. Mit Schreiben vom 14. September 2000 gab der SozialhilfetrÄxger (Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt B. â Ortsamt V. â Sozialabteilung) gegen¼ber der Beklagten an, er habe dem KlÄxger vom 1. Januar 1996 bis zum 31. Dezember 1999 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in H¼he von insgesamt 33.178,33 DM gewÄxhrt. Der Erstattungsanspruch f¼r den KlÄxger f¼r die Zeit vom 1. Januar 1996 bis 31.

Dezember 1999 belaufe sich auf 1819,86 DM. Dieser Betrag entsprach der auf diesen Zeitraum entfallenden Rentennachzahlung. Die Beklagte behielt diesen Betrag von der Rentennachzahlung ein und fÃ¼hrte ihn an den SozialhilfetrÃ¤ger ab. Den Restbetrag der Rentennachzahlung in HÃ¶he von 348,72 DM behielt sie wegen eines Verrechnungsersuchens zunÃ¤chst ein, kehrte ihn jedoch nach Ã¼berprÃ¼fung an den KlÃ¤ger aus, den sie darÃ¼ber mit Schreiben vom 13. November 2000 in Kenntnis setzte.

Mit Bescheid vom 21. Juni 2002 stellte die Beklagte die dem KlÃ¤ger gewÃ¤hrte Rente rÃ¼ckwirkend ab 1. Januar 1996 neu fest und bezifferte die Nachzahlung fÃ¼r die Zeit vom 1. Januar 1996 bis zum 31. Juli 2000 mit 2863,99 EUR. Die Nachzahlung werde einbehalten, weil zunÃ¤chst die bekannt gewordenen AnsprÃ¼che anderer Stellen, darunter auch der TrÃ¤ger der Sozialhilfe, die im Nachzahlungszeitraum bereits Zahlungen geleistet hÃ¤tten, abschlieÃend zu klÃ¤ren seien. Sobald die genaue HÃ¶he der AnsprÃ¼che bekannt sei, werde die Nachzahlung abgerechnet.

Der KlÃ¤ger gab in einem Schreiben an die Beklagte vom 1. Juli 2002 zu erkennen, dass er damit nicht einverstanden sei. Gleichzeitig Ã¼bersandte er eine Kopie der Mitteilung der Beklagten vom 9. Oktober 2000 Ã¼ber die Abrechnung der seinerzeit angefallenen Rentennachzahlung und machte geltend, die PfÃ¤ndung dieser Rentennachzahlung sei nicht rechtmÃ¤Ãig gewesen. Er beantrage deshalb die Auszahlung der 1819,86 DM. Mit Schreiben vom 3. Juli 2002 erlÃ¤uterte die Beklagte dem KlÃ¤ger, weshalb sie seinerzeit diesen Betrag von der Rentennachzahlung einbehalten und an das Sozialamt abgefÃ¼hrt habe.

Mit Schreiben vom 11. Juli 2002 bezifferte der SozialhilfetrÃ¤ger seinen Anspruch auf Erstattung der dem KlÃ¤ger fÃ¼r die Zeit vom 1. Januar 1996 bis 31. Juli 2002 gewÃ¤hrten Leistungen mit 2419,64 EUR. Vom 1. Januar 2000 bis 31. Oktober 2000 habe der KlÃ¤ger keine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten; der Nachzahlungsbetrag fÃ¼r diese Zeit in HÃ¶he von 444,35 EUR sei deshalb an ihn â den KlÃ¤ger â ausuzahlen. BeigefÃ¼gt waren Aufstellungen Ã¼ber die aufgewendete Sozialhilfe fÃ¼r die Zeit vom 1. Januar 1996 bis zum 31. Dezember 2001 â ausgenommen die Zeit vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Oktober 2000 â in HÃ¶he von 44.608,38 DM â abzÃ¼glich des bereits im Oktober 2000 erstatteten Betrages: 42.788,52 DM â und fÃ¼r die Zeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Juli 2002 in HÃ¶he von insgesamt 2967,83 EUR. Daraufhin zahlte die Beklagte aus der Rentennachzahlung den Betrag von 2419,64 EUR an den SozialhilfetrÃ¤ger und den verbleibenden Betrag in HÃ¶he von 444,35 EUR an den KlÃ¤ger aus und teilte dem KlÃ¤ger diesen Sachverhalt mit Schreiben vom 17. Juli 2002 mit.

Der KlÃ¤ger erhob â vordergrÃ¼ndig gegen den Bescheid vom 21. Juni 2002, faktisch jedoch gegen die Mitteilung der Beklagten vom 17. Juli 2002 Ã¼ber die Auszahlung des Ã¼berwiegenden Teiles seiner Rentennachzahlung an das Sozialamt â Widerspruch mit der BegrÃ¼ndung, der Erstattungsanspruch des Sozialamtes fÃ¼r die Zeit vom 1. Januar 1996 bis 31. Dezember 1999 sei verjÃ¤hrt. Er habe in dieser Sache bereits Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Nach einem erlÃ¤uternden Schreiben der Beklagten vom 29. Oktober 2002 wies die

Beklagte den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 2. Dezember 2002 zurÃ¼ck und fÃ¼hrte aus, wegen der Rechtswidrigkeit von Doppel-Leistungen seien die angemeldeten Aufwendungen (des SozialhilfetrÃ¤gers) in HÃ¶he des Nachzahlungsbetrages â ausgenommen der Zeitraum 1. Januar bis 31. Oktober 2000 â an das Sozialamt zu erstatten. Dieser Erstattungsanspruch sei gem. Â§ 113 Sozialgesetzbuch â Zehntes Buch â Verwaltungsverfahren (SGB X) auch noch nicht verjÃ¤hrt.

Gegen diesen Bescheid hat der KlÃ¤ger am 19. Dezember 2002 Klage erhoben. Im Termin zur mÃ¼ndlichen Verhandlung vor dem SG am 18. September 2003 hat der damalige BevollmÃ¤chtigte des KlÃ¤gers beantragt, den Bescheid vom 21. Juni 2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Dezember 2002 aufzuheben. Das SG hat diese Klage ohne mÃ¼ndliche Verhandlung durch das Urteil vom 9. Oktober 2003 abgewiesen. Die Beklagte habe zu Recht den wesentlichen Teil der Rentennachzahlung an den SozialhilfetrÃ¤ger ausgezahlt.

Gegen dieses Urteil, dass dem KlÃ¤ger (bzw. seinem damaligen BevollmÃ¤chtigten) am 20. Oktober 2003 zugestellt worden ist, hat der KlÃ¤ger am 14. November 2003 Berufung eingelegt. Er wendet sich nach wie vor dagegen, dass die Beklagte den wesentlichen Teil seiner Rentennachzahlung an den SozialhilfetrÃ¤ger ausgezahlt hat.

Der KlÃ¤ger beantragt sinngemÃ¤Ã, das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 9. Oktober 2003 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 17. Juli 2002 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 2. Dezember 2002 zu verurteilen, dem KlÃ¤ger aus der Rentennachzahlung weitere 2419,64 EUR auszuzahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung des KlÃ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 9. Oktober 2002 zurÃ¼ckzuweisen.

Sie hÃ¤lt das angefochtene Urteil fÃ¼r zutreffend.

Zu weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der in der Sitzungsniederschrift aufgefÃ¼hrten Akten Bezug genommen, die vorgelegen haben und Gegenstand der mÃ¼ndlichen Verhandlung gewesen sind.

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Die zulÃ¤ssige Berufung ist unbegrÃ¼ndet. Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der KlÃ¤ger hat keinen Anspruch gegen die Beklagte auf Auszahlung von weiteren 2419,64 EUR. Die Beklagte hat diesen Betrag zu Recht von der Rentennachzahlung einbehalten und in ErfÃ¼llung eines Erstattungsanspruchs an den SozialhilfetrÃ¤ger abgefÃ¼hrt.

Der Erstattungsanspruch des SozialhilfetrÃ¤gers hat seine gesetzliche Grundlage in [Â§ 104 Abs. 1 SGB X](#). Hat demnach ein nachrangig verpflichteter LeistungstrÃ¤ger

Sozialleistungen erbracht, ohne dass die Voraussetzungen von [Â§ 103 Abs. 1 SGB X](#) vorliegen, so ist der Leistungsträger erstattungspflichtig, gegen den der Berechtigte vorrangig einen Anspruch hat oder hatte, soweit der Leistungsträger nicht bereits selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des anderen Leistungsträgers Kenntnis erlangt hat. So liegt der Sachverhalt hier. Die Beklagte als vorrangig verpflichteter Sozialleistungsträger hat die dem Kläger wegen Erwerbsunfähigkeit gewährte Rente im Juni 2002 rückwirkend für die Zeit seit dem 1. Januar 1996 erbracht, für die â€œ ausgenommen die Zeit vom 1. Januar 2000 bis 31. Oktober 2000 â€œ der Sozialhilfeträger als nachrangig verpflichteter Leistungsträger dem Kläger neben der Rente Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt hatte, weil die Rente den Hilfebedarf des Klägers nach dem Bundessozialhilfegesetz nicht gedeckt hatte. Hätte die Beklagte die Rente in der neu berechneten Höhe schon seinerzeit gezahlt, so wäre der Kläger in der Höhe des Differenzbetrages nicht bedürftig und der Sozialhilfeträger in dieser Höhe nicht leistungspflichtig gewesen. Dieser hat in Höhe des Differenzbetrages quasi für die Beklagte vorgeleistet. Sie hatte deshalb dem Sozialhilfeträger den gleichsam vorgeleisteten Betrag zu erstatten. So weit der Erstattungsanspruch des Sozialhilfeträgers bestand, galt der Anspruch des Klägers auf Auszahlung des Mehrbetrages, d. h. der Rentennachzahlung, als erfüllt, sodass die Rentennachzahlung nicht mehr ihm, sondern dem Sozialhilfeträger zustand ([Â§ 107 SGB X](#)).

Die vom Sozialhilfeträger bezifferte Höhe des Erstattungsanspruchs ist nicht zu beanstanden. Zwar trifft es zu, dass ihm für den fraglichen Zeitraum schon einmal Aufwendungen erstattet worden sind. Dieser Betrag hat aber die während des Nachzahlungszeitraums erbrachten Leistungen des Sozialhilfeträgers nur zu einem Bruchteil abgedeckt.

Der Erstattungsanspruch ist auch nicht verjährt. Erstattungsansprüche verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der erstattungsberechtigte Leistungsträger von der Entscheidung des erstattungspflichtigen Leistungsträgers über dessen Leistungspflicht Kenntnis erlangt hat ([Â§ 113 Abs. 1 SGB X](#)). Diese Frist hatte gerade erst zu laufen begonnen, als der Sozialhilfeträger im Juli 2002 nach Unterrichtung durch die Beklagte über die Rentennachzahlung seinen Erstattungsanspruch gegenüber der Beklagten bezifferte.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf [Â§ 193 SGG](#) und trägt dem Ausgang des Verfahrens Rechnung.

Der Senat hat die Revision nicht zugelassen, weil hierfür eine Veranlassung im Sinne des [Â§ 160 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 SGG](#) nicht bestanden hat.

Erstellt am: 01.11.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024